

## Die Wut in Russland wächst

**Wahl** Viele Menschen wollen sich nicht mit den Manipulationen abfinden. *Von Elke Windisch*

Die russische Polizei geht weiter mit aller Härte gegen Leute vor, die es wagen, gegen die offensichtlichen Manipulationen bei der Parlamentswahl am Sonntag zu protestieren. Rund 900 Menschen sitzen mittlerweile allein in Moskau in den Arrestzellen. Anwälte hatten zunächst keinen Zutritt zu ihren Mandaten, viele klagten über menschenunwürdige Haftbedingungen. Häufig müssen sich demzufolge mehrere Menschen eine Matratze zum Schlafen teilen, oft bekommen sie weder Wasser noch Essen. Die Verköstigung festgenommener, so ein Sprecher, gehöre nicht zu den Aufgaben der Polizei.

Unter den Festgenommenen sind auch Oleg Orlov, Gründungsmitglied von Memorial, der größten russischen Menschenrechtsgruppe, sowie der kritische Blogger und Rechtsanwalt Alexei Nawalny. Er hatte für Premier Wladimir Putins Partei Einiges Russland den Begriff „Partei der Diebe und Gauner“ in Umlauf gebracht und auf seinem Internetportal die krassen Fälle von Korruption der Putin-Partei dokumentiert. Der Blogger Nawalny und die meisten anderen Protestler wurden gestern zu fünfzehn Tagen Haft verurteilt.

Für Samstag hat die Gruppe Solidarnost zum weiteren Protest auf dem Moskauer Platz der Revolution aufgerufen. Die Kundgebung ist genehmigt, die Teilnehmerzahl von der Moskauer Stadtregierung allerdings auf 300 festgesetzt. Über Facebook sollen sich jedoch bereits 10 000 angemeldet haben. Samstag, glauben Beobachter, werde sich entscheiden, ob der Protest den Kreml und die Regierung zu Kompromissen zwingt. Regierungschef Putin und Präsident Dmitri Medwedew haben gestern zwar vage die Möglichkeit geringfügiger politischer Lockerungen angedeutet, auf den wachsenden Protest gingen beide dabei jedoch mit keiner Silbe ein. Altpräsident Michail Gorbatschow dagegen forderte gestern Neuwahlen: Immer mehr Russen würden das Wahlergebnis anzweifeln, die öffentliche Meinung zu ignorieren würde die Lage weiter destabilisieren.

## Karsai will mit Pakistan sprechen

**Europareise** Afghanistans Präsident eilt wegen der jüngsten Terroranschläge gegen afghanische Schiiten zurück nach Kabul. Sein pakistanischer Amtskollege reist mit Herzproblemen zur Behandlung nach Dubai.

Nach den schweren Terroranschlägen pakistanischer Extremisten gegen schiitische Muslime in Afghanistan will Präsident Hamid Karsai das Gespräch mit der Regierung in Islamabad suchen. „Die Anschläge haben ihren Ursprung in Pakistan, daher werden wir mit der pakistanischen Regierung darüber sprechen“, sagte Karsai am Mittwoch bei einem Besuch von Verletzten des Angriffs in einem Krankenhaus in der afghanischen Hauptstadt Kabul.

Bei dem Selbstmordanschlag während des Aschura-Opferfestes waren in einem schiitischen Schrein in der Altstadt von Kabul am Dienstag fast 60 Menschen getötet und etwa 130 verletzt worden. Im nordafghanischen Masar-i-Scharif hatte es bei einem weiteren Attentat nahe einer schiitischen Moschee vier Tote gegeben. Zu den Taten bekannte sich die aus Pakistan operierende sunnitische Extremistengruppe Lashkar-e-Jhangvi al-Alami. Die radikalislamischen Taliban hatten jede Verantwortung zurückgewiesen.

Die pakistanische Regierung äußerte sich bisher nicht offiziell. Unterdessen wurde allerdings bekannt, dass Pakistans Präsident Asif Ali Zardari am Dienstag mit Herzproblemen zur Behandlung nach Dubai gereist ist. Der 56-Jährige löste damit Spekulationen über seine politische Zukunft an der Spitze der Atommacht Pakistan aus. Wie sein Sprecher Farhatullah Babar am Mittwoch in Islamabad mitteilte, verließ der Staatschef Pakistan am Vorabend in Begleitung seines Arztes und einiger Mitarbeiter. Berichte über einen angeblichen Herzinfarkt wurden nicht bestätigt. Ungeachtet dieser Aussagen wurde in pakistanischen Medien heftig darüber spekuliert, ob der seit 2008 amtierende Präsident aufgrund seines schlechten Gesundheitszustandes zurücktreten könnte.

Der afghanische Präsident Karsai war am Mittwochmorgen nach Kabul zurückgekehrt, nachdem er wegen der Anschläge seine Europareise abgebrochen hatte. Nach der Afghanistan-Konferenz in Bonn

und einem Kurzbesuch in Berlin wollte Karsai am Dienstag eigentlich zu einem Treffen mit dem britischen Premier David Cameron nach London weiterreisen. Wie die US-Botschaft in Kabul am Mittwoch mitteilte, ist unter den Todesopfern des Anschlags in der Hauptstadt auch ein US-Staatsbürger. Der Mann habe sich privat in Afghanistan aufgehalten und sei kein Mitarbeiter der Regierung gewesen. Die Botschaft sei mit den Angehörigen in Kontakt. Zahlreiche Opfer wurden bereits wenige Stunden nach den Attentaten der islamischen Traditionen entsprechend beige-

setzt. Die Anschläge hatten weltweit Entsetzen ausgelöst, da gezielte Angriffe gegen die schiitische Minderheit in Afghanistan anders als im Nachbarland Pakistan oder im Irak bisher äußerst selten waren. Bei einem neuen Bombenanschlag auf einen Minibus starben am Mittwoch mindestens 19 Zivilisten in der südafghanischen Unruheprovinz Helmand. Fünf weitere Menschen wurden nach Polizeiangaben verletzt, als das Fahrzeug auf einer Straße von einem Sprengsatz getroffen wurde. Die Behörden machten die Taliban für die Tat verantwortlich. *dpa/rtr*



Karsai spricht mit einem Kind, das bei dem Anschlag in Kabul verletzt wurde. Foto: dpa

**PAKISTANISCHE TERRORORGANISATION**  
**Anschläge** Die sunnitische Terrororganisation Lashkar-e-Jhangvi al-Alami wird für Dutzende von Angriffen auf die schiitische Minderheit in Pakistan verantwortlich gemacht. Die im Jahr 2009 gegründete Gruppe gilt als Splittergruppe der Terrororganisation Lashkar-e-Jhangvi und ist

in Pakistan verboten. Bei Anschlägen der Gruppe sollen seit 2010 mindestens 200 Menschen in Pakistan ums Leben gekommen sein. **Verbündete** Lashkar-e-Jhangvi al-Alami soll enge Kontakte zum Terrornetzwerk Al-Kaida unterhalten. Als Anführer der

pakistanischen Gruppe galten der angeblich in diesem Jahr von einer US-Drohne getötete Ilyas Kashmir und Abu Zaid al-Misri, ein örtlicher Kommandant der Al-Kaida. Unter den Mitgliedern sollen sich sowohl Pakistaner als auch Kämpfer aus arabischen Staaten und aus Usbekistan befinden. *dpa*

## Erneut Anschlag auf Moschee

**Nahost** Immer häufiger kommt es zu Gewaltakten israelischer Siedler. *Von Inge Günther*

Zum dritten Mal innerhalb eines halben Jahres haben mutmaßlich militante israelische Siedler versucht, eine Moschee im Westjordanland in Brand zu stecken. Dieses Mal traf es das palästinensische Dorf Brukin im nördlichen Teil der Region. Nach Darstellung des Bürgermeisters warfen die Attentäter einen brennenden Reifen in den Eingang der Moschee. Auf den Moscheemauern hinterließen sie rassistische Slogans auf Hebräisch. Ebenso zündeten sie Autos und einen Traktor an, die Dorfbewohner nahe der Moschee geparkt hatten.

Die Tat reiht sich ein in eine Serie von Angriffen, die rechtsextreme Siedler euphemistisch als „Preisschild-Politik“ bezeichnen. Gemeint ist damit, alle Aktionen, die sich gegen Siedler und ihre Projekte richten, zu rächen. Das richtet sich in erster Linie gegen Palästinenser, mitunter auch gegen israelische Friedensaktivisten oder sogar die eigene Armee. Vor allem junge Hardliner aus den Siedlungen rühmen sich solcher Vergeltungsaktionen. So waren im Juni Siedler in eine Moschee in Qusra, südlich von Nablus, eingedrungen, um ein Feuer zu legen. Nur Stunden zuvor hatten israelische Sicherheitskräfte drei nicht genehmigte Bauten im Siedlungsvorposten Migron abgerissen. Im Juni wiederum wurde eine Moschee in einem Dorf bei Ramallah in Brand gesetzt und mit anti-arabischer Graffiti verschandelt. In diesem Herbst traf es erstmals eine Moschee in Israel, die Tat trug die gleiche Handschrift wie im Westjordanland. Ein weiterer Brandsatz flog Anfang November gegen die Jerusalemer Wohnungstür von Hagit Ofra, die für „Peace Now“ den Siedlungsausbau dokumentiert.

Ein Armeesprecher betonte, Sachbeschädigungen an religiösen Stätten würden mit aller Schärfe verfolgt. Die Aufklärungsrate ist allerdings bei Siedlerdelikten, die sich gegen Palästinenser richten, ausgesprochen gering. Auch das dürfte ein Grund sein, warum solche Gewalt in die Höhe geschneit ist.

## „Es wird nichts geschenkt“

**Interview** Kroatien unterzeichnet am Freitag den EU-Beitrittsvertrag. Das Land hat dafür hart gearbeitet, erklärt Botschafter Miro Kovac.

Der EU-Enthusiasmus hat in Kroatien in den vergangenen Jahren nachgelassen. Es sei nun Aufgabe der Politiker, den Menschen die Vorzüge der EU zu erklären, sagt Botschafter Kovac.

*Herr Botschafter Kovac, am Freitag wird Kroatien den Beitrittsvertrag zur EU unterschreiben. Anfang kommenden Jahres soll dann noch ein Referendum stattfinden. Besteht angesichts der aktuellen Krise die Gefahr, dass es sich das Volk in letzter Sekunde noch einmal anders überlegt?*  
Das glaube ich nicht. Die letzten Umfragen besagen, dass etwa 60 Prozent der Befragten für den EU-Beitritt stimmen werden.

*Die Kroaten lassen sich nicht abschrecken? Nicht nur die Schulden mancher Mitglieder bereiten der Union Probleme, offensichtlich ist auch die institutionelle Krise der EU. Tatsache ist, dass der Europa-Enthusiasmus, den es Anfang der 90er Jahre in Kroatien gab, einem Europa-Pragmatismus gewichen ist. Die Menschen erwarten von der EU keine Wunder mehr. Sie wissen, dass sie auch in der EU für ihren Wohlstand hart arbeiten müssen. Es ist nun Aufgabe der kroatischen Politik, den Menschen die Vorzüge des Staatenbundes vor Augen zu führen und für den Beitritt zu werben.*

*Die Krise zeigt, dass es einen inneren Kreis und einen äußeren Kreis der EU-Mitglieder gibt. Können die Kroaten dieses Europa der zwei Geschwindigkeiten akzeptieren?*  
E gibt doch die EU-27 und die Gruppe der 17 Eurostaaten. In Kroatien hatten wir an-

fangs eine sehr starke Eurobefürworterschaft. Inzwischen haben wir eine andere Situation. Angesichts der Schuldenkrise denkt man im Moment noch nicht daran, die Gemeinschaftswährung einzuführen. Die kroatische Währung ist aber an den Euro gekoppelt. Nun gilt es vorrangig, die Wettbewerbsfähigkeit unserer kroatischen Wirtschaft zu steigern.

*Sie glauben also, dass es den Euro in ein paar Jahren noch gibt?*  
Meine persönliche Meinung ist, dass der Euro erhalten bleibt. Ich sehe keine vernünftige Alternative zu dieser Währung.

*Auch Kroatien kämpft mit Problemen. Kritik aus Brüssel kam an der grassierenden Korruption im Land. Der Reformeifer Zagrebs schien zuletzt deutlich erlahmt.*  
Wir haben in Kroatien sehr große Anstrengungen unternommen und ein rechtsstaatliches System zur Bekämpfung von Korruption aufgebaut. Das wurde auch von den EU-Mitgliedstaaten wie von der EU-Kommission gewürdigt und hat den Verhandlungsabschluss ermöglicht. Die eigentliche Herausforderung, wie ich sie sehe, ist aber der Kampf um mehr Effizienz, in vielen Bereichen der Gesellschaft.

*Im Moment kämpft Serbien darum, ebenfalls der EU beitreten zu können. Wir groß soll die EU in zehn Jahren sein?*

Das hängt sowohl von unseren Nachbarn als auch von der Europäischen Union ab. Wir unterstützen den Anspruch unserer Nachbarn in Südosteuropa, der EU beitreten zu können. Das ist wichtig für Kroatien. Ausschlaggebend aber ist die Erfüllung der Kriterien – das zeigt ja die Erfahrung im Falle Kroatiens. Es wird einem nichts geschenkt, es gab deswegen auch sehr viel Frustration im Land. Aber die Menschen wissen nun: Wir werden nicht automatisch reicher durch den Beitritt. Die EU wird für Kroatien ein Rahmen der Sicherheit, der Stabilität und der möglichen Prosperität sein. Aber für Wachstum und Prosperität werden wir in Kroatien auch weiter hart arbeiten müssen.

Das Gespräch führten Knut Krohn und Rainer Pörtner.

### KROATIENS MANN IN BERLIN



**Diplomat** Miro Kovac ist ein Karrierediplomat. Seine Laufbahn startete in der Presseabteilung des kroatischen Präsidialamtes. Seit 2008 ist er Botschafter seines Landes in Berlin.

**Polyglott** Miro Kovac wurde 1968 im kroatischen Split geboren. Er spricht fließend Deutsch, Englisch und Französisch. StZ

# Jetzt neu: Die 4-fach Flat plus 100 Freiminuten.

- ✓ Daten-Flatrate zum Surfen und E-Mails
- ✓ SMS-Flatrate in alle dt. Netze
- ✓ Flatrate in das Telekom Mobilfunknetz
- ✓ HotSpot Flatrate
- + 100 Freiminuten in alle anderen dt. Netze

Monatlich nur  
**29,95 €<sup>1</sup>**



Nur bis 31.12.:  
Top-Smartphones  
dazu für nur  
**4,95 €<sup>1</sup>**  
z. B. HTC Wildfire S

**Geschäftskunden aufgepasst:**

Spezielle Beratung vom **09. bis 15.12.2011** in Ihrem Telekom Shop Stuttgart-Vaihingen, Hauptstr. 23

1) Der Tarif Special Complete Mobil ist bis zum 30.06.2012 buchbar, mit ausgewähltem Smartphone nur bis 31.12.2011. Mtl. Grundpreis 29,95 €. Bereitstellungspreis 24,95 €. Mindestlaufzeit 24 Monate. Die Telefon-Flatrate gilt für alle Gespräche ins Telekom Mobilfunknetz. Inlandsverbindungen außerhalb der Inklusivminuten ins Festnetz und in alle anderen dt. Mobilfunknetze 0,29 €/Minute. Ab einem Datenvolumen von 200 MB wird die Bandbreite im jeweiligen Monat auf max. 64 kbit/s (Download) und 16 kbit/s (Upload) beschränkt. Die HotSpot Flatrate gilt nur für die Nutzung an dt. HotSpots (WLAN) der Deutschen Telekom. Die inkludierte SMS Flat allnet gilt für SMS in alle dt. Netze. Smartphones erhältlich, solange der Vorrat reicht.

Erleben, was verbindet.

